



An den Vorsitzenden des Stadtrates  
Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Herzing  
Rathaus / Dalbergstr. 15  
63739 Aschaffenburg

17.09.2022

**Ihr Antwortschreiben vom 04. 07. 2022 zum Antrag der CSU-Stadtratsfraktion hinsichtlich der Entwicklung des Gebietes in Leider um die Darmstädter Straße und den Hafengebäude**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bedanken uns für Ihr Antwortschreiben und die Bereitschaft obiges Thema im Stadtrat zu behandeln.

Sie weisen darauf hin, dass der Bayernhafen das größte zusammenhängende Gewerbe- und Industrieareal der Stadt ist und damit wichtiger Motor für die Entwicklung der Wirtschaft und Beschäftigung, nicht nur der Stadt, sondern auch der Region. Vielversprechend sind auch die geplanten, langfristigen Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen! Wir sehen dies ebenso und möchten dem Bayernhafen auch weiterhin eine positive Entwicklung ermöglichen, die es ihm erlaubt, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Gerade deshalb erscheint es uns jedoch sehr wichtig, dass sich die Lärmsituation im Wohngebiet entlang des Hafengebäudes nicht weiter verschlechtert und auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gewahrt werden.

Leider sind einige unserer Fragen unbeantwortet geblieben und wir wenden uns daher erneut mit einem Antrag an die Verwaltung:

Der Stadtrat hat sich bei der Bewertung der Umbaumaßnahmen im Hafengebäude eindeutig für Lärmschutz, eine intensive Eingrünung des Übergangstreifens, die Nachreichung des in den Planunterlagen nicht enthaltenen Freiflächenplans, sowie die Ausgliederung der nach dem Umbau freiwerdenden Flächen aus dem Umgriff der Plangenehmigung ausgesprochen.

Der Planungs- und Verkehrssenat hat dem Umbau zugestimmt, sofern die in den Stellungnahmen geforderten Auflagen beachtet werden. Die Forderungen zum Lärmschutz, zur Eingrünung und zur Ausgliederung der Freiflächen wurden im Planfeststellungsbeschluss jedoch **nicht** aufgenommen, die Forderungen konnten also nicht durchgesetzt werden. War dies abzusehen und welche Maßnahmen werden von der Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang nun unternommen?

Der Bayernhafen hat auf unsere Frage nach der Entwicklung des mittlerweile ausgegliederten Bahnverkehrs mit der allgemeinen Erläuterung zu einem diskriminierungsfreien Zugang für Eisenbahnverkehrsunternehmen nur ausweichend geantwortet.

Gemäß Statistiken in Wikipedia und den aktuellen Pressemitteilungen des Hafens hat sich der Bahnverkehr in den vergangenen 10 Jahren aber stark erhöht (2011: 205.000 Tonnen, 2021: 701.000 Tonnen). Die Beschwerden der Anwohner in Leier sind also durchaus nachvollziehbar. Auch die Frage nach dem geplanten Fortgang der Baumaßnahme, den damit verbundenen Lärmbelastungen und vor allem nach der geplanten Nachnutzung der im Norden freiwerdenden Fläche im Bahnhof, wurden in Ihrem Schreiben **nicht** beantwortet.

Im Planfeststellungsbeschluss zum Umbau wurden keine Lärmschutzmaßnahmen festgesetzt. Dies ist nach der gültigen Rechtslage zwar richtig, befreit den Bayernhafen allerdings natürlich nicht von seiner Verpflichtung, sich im Rahmen des Zusammenlebens mit den Nöten der Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen und hier freiwillig tätig zu werden. Auch die Veränderungen in Richtung B26 und die geringere Eingrünung führen zu einer verstärkten Wahrnehmung von Lärm und Verkehr.

Der Hafen lehnt einen Lärmschutz nach wie vor ab, da es sich um eine Bahnanlage mit Bestandsschutz handelt. Die Modernisierung des Hafenbahnhofs hat aber auch eine veränderte Stellwerkstechnik mit einer Reduzierung der Geschwindigkeit der Züge, aber auch mit anderen Abläufen zur Folge, sodass eventuell in der Zukunft mit weiterem Lärm und Verkehr zu rechnen ist.

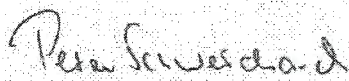
Eine Bebauung mit weiteren lärmintensiven Anlagen im Bahnhof ist nicht auszuschließen, da die Fläche genehmigtes Bahnareal ist.

**Wir beantragen daher,**

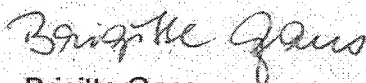
vom Hafen eine Freiflächenplanung zu einzufordern und auf eine intensive Eingrünung als Sichtschutz zu dringen. Der freiwillige Lärmschutz sollte ebenfalls Gegenstand von Verhandlungen sein.

**Die Behandlung im Stadtrat sollte bis zur Beantwortung unserer erneuten Fragen verschoben werden.**

Mit freundlichen Grüßen



Peter Schweickard  
Fraktionsvorsitzender



Brigitte Gans  
Fraktionsgeschäftsführerin

Rainer Kunkel, Stadtrat

Dr. Maria Bausback, Stadträtin

Johanna Rath, Stadträtin

Jochen Grimm, Stadtrat